

1. Ein allgemeiner Mindestlohn soll eingeführt werden.

Ja, auf jeden Fall. Ist mir wichtig.

Wir brauchen einen Arbeitsmarkt, der allen Menschen die Chance eröffnet, mit dem Gehalt für sich selbst und ihre Familien zu sorgen. Noch zu viele Menschen werden nicht fair bezahlt. Damit die Menschen von ihrem Gehalt leben und vor Lohndumping geschützt werden, brauchen wir einen Mindestlohn.

2. Der Staat soll für ein Mindesteinkommen sorgen.

Unentschieden.

Für Geringverdiener werden bereits heute die Löhne aufgestockt. Grundsätzlich bin ich jedoch für die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes – wodurch der Staat die Löhne nicht mehr subventionieren müsste.

3. Die Steuern sollen gesenkt werden.

Nein, nicht für alle Einkommensbezieher.

Flächendeckende Steuersenkungen sind auf absehbare Zeit nicht möglich. Die SPD wird in der nächsten Legislaturperiode Steuersenkungen für Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem und mittlerem Einkommen durchsetzen. Dazu gehört die Senkung des Einkommenssteuersatzes von 14 auf 10 Prozent.

4. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sollen gestoppt werden.

Nein, auf keinen Fall.

Das wäre ein großer Fehler. Unser Ziel ist, dass die Regierung Sicherheit und Stabilität aus eigener Kraft gewährleisten kann. Daher fördern wir den Aufbau von Schulen und Krankenhäusern und verstärken die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte.

5. Der Ausstieg aus der Atomkraft soll rückgängig gemacht werden.

Nein, auf keinen Fall. Ist mir wichtig.

Atomstrom ist kein Ökostrom, sondern eine Risikotechnologie. Daher halte auch ich konsequent am Atomausstieg fest – mein Ziel und das der SPD ist, dass es im Jahr 2022 keine Stromerzeugung aus Atomenergie mehr geben soll.

6. Das Internet sollte stärker reguliert werden.

Nein.

Grundsätzliche Zensur darf es natürlich nicht geben. Aber mir liegt viel daran, dass die Rechte von Erwachsenen und Kindern auch im Internet geschützt werden.

7. Die Anstrengungen zum Klimaschutz sollen in Deutschland verstärkt werden.

Ja, auf jeden Fall.

Unser oberstes Ziel im Bereich Umwelt ist der Klimaschutz. Bei dieser Aufgabe übernehmen wir bereits heute Verantwortung für die zukünftige Generation: Wir werden den wissenschaftlichen Vorgaben entsprechend die CO₂-Emissionen reduzieren, da wir nur so eine Erderwärmung verhindern können.

8. Die Nährwertangaben auf Lebensmitteln sollen z.B. durch eine Ampelkennzeichnung besser sichtbar werden.

Ja, auf jeden Fall.

Um den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine schnelle Orientierungshilfe im täglichen Konsumalltag zu geben und um Transparenz schaffen, sind diese, auf einen Blick erfassbaren Kennzeichnungen, unerlässlich.

9. Die Gehälter von Managern sollen begrenzt werden.

Eher nicht.

Eine grundsätzliche Begrenzung greift in Verträge ein – und ist wohl kaum verfassungsgemäß. Aber ich bin ausdrücklich dafür, die steuerliche Abzugsfähigkeit hoher Bezüge und Abfindungen zu begrenzen.

10. Firmen, die ihre Mitarbeiter ausspitzeln, sollen härter bestraft werden.

Ja, auf jeden Fall.

Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen geschützt werden. Die zahlreichen Übergriffe der Vergangenheit haben verdeutlicht, dass wir ein eigenes Arbeitnehmerdatenschutzgesetz brauchen.

11. Die Bundeswehr soll auf eine Berufsarmee umgestellt werden.

Nein, eher nicht.

Zusammen mit der SPD setze ich auf die Fortentwicklung der Wehrpflicht. Zum Dienst in den Streitkräften sollen zukünftig nur noch diejenigen einzuberufen werden, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr zu leisten.

12. Volksentscheide bzw. Volksabstimmungen sollen bundesweit eingeführt werden.

Ja, auf jeden Fall.

Volksbegehren und Volksentscheide sollen auch auf Bundesebene möglich sein – zur Förderung der direkten Demokratie in Deutschland. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Berücksichtigung der Erfahrungen der Länder.

13. Die Bundeswehr soll auch im Inland eingesetzt werden können.

Nein, auf keinen Fall.

Den militärischen Einsatz der Bundeswehr im Innern lehne ich ab. Diese Linie bekräftigt auch unser Regierungsprogramm, indem es heißt: „Klare Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit. Wir bleiben bei der klaren Trennung von Polizei und Geheimdiensten im Sinne des Trennungsgebotes.“

14. Der Staat soll sich aus der Wirtschaft raushalten.

Eher nein.

In konjunkturellen Ausnahmesituationen muss der Staat mit einer antizyklischen Finanzpolitik, d.h. mit zusätzlichen staatlichen Ausgaben innerhalb einer begrenzten Zeit, gegensteuern. In „guten“ wirtschaftlichen Zeiten müssen diese Mehrausgaben allerdings zurückgezahlt werden.

15. Auch gleichgeschlechtliche Paare sollen Kinder adoptieren dürfen.

Ja, auf jeden Fall.

16. Unternehmen sollen Staatshilfen nur erhalten, wenn der Staat Mitspracherecht bekommt.

Eher Ja.

Wenn einzelnen Unternehmen mit Bürgschaften oder Krediten geholfen werden, sollte der Staat die Einhaltung von bestimmten Auflagen einfordern können. Dass der Staat ein Mitspracherecht in der Unternehmensführung erhält, schließe ich jedoch aus.

17. Vermögen sollen stärker besteuert werden.

Unentschieden.

Zusammen mit der SPD vertrete ich die Meinung, dass wer durch hohe Einkommen Vorteile genießt, auch einen stärkeren Solidarbeitrag zur Finanzierung von Kinderbetreuung oder Bildung leisten muss. Einen der Leistungsfähigkeit entsprechenden steuerlichen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens, ist sozial gerecht und wirtschaftlich vernünftig.

18. Die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) soll zugunsten einer Steuerfinanzierung abgeschafft werden.

Nein, auf keinen Fall.

19. Die Rechte von Leiharbeitnehmern sollen gestärkt werden.

Ja, auf jeden Fall.

Um den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchzusetzen, müssen die Leiharbeitnehmer rechtlich besser abgesichert werden. So soll zum Beispiel jeder Leiharbeiter nach angemessener Einarbeitungszeit denselben Lohn wie die Stammbeslegschaft eines Unternehmens erhalten.

20. Der Militärhaushalt soll verringert werden.

Nein, auf keinen Fall.

Wir brauchen eine konsequente Friedenspolitik. Zu deren Absicherung gehören auch Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Schließlich schafft die Bundeswehr mit ihren Friedenseinsätzen in Konfliktregionen Perspektiven für die demokratische und soziale Entwicklung der Menschen.

21. Das Fernsehen soll stärker kontrolliert werden.

Nein, auf keinen Fall.

Ausreichende Kontrollmechanismen sind bereits vorhanden. Außerdem muss man beachten, dass dies einer Zensur gleich kommen könnte.

22. Ein Internet-Ausweis zur Identifizierung der Nutzer soll eingeführt werden.

Eher Nein.

Auch hier gibt es bereits ausreichende Regelungen.

23. Regenerative Energien sollen stärker gefördert werden.

Ja, auf jeden Fall.

Erneuerbare Energien sind einer der wichtigsten Leitmärkte. Daher werden wir in der SPD einen Nationalen Aktionsplan Erneuerbare Energien vorlegen, der zur Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien in der Stromversorgung, im Wärmebereich und im Transportsektor beitragen wird. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass die neu gegründete Internationale Agentur für Erneuerbare Energien zu einem zentralen Akteur bei der weltweiten Verbreitung von Erneuerbaren Energien wird.

24. Internet-Seiten mit kinderpornographischen Inhalten sollen entfernt statt blockiert werden.

Ja, auf jeden Fall.

Internetseiten mit kinderpornographischen Darstellungen müssen restlos gelöscht werden.

25. Das „Zugangerschwerungsgesetz“ soll ausgeweitet werden.

Nein, auf keinen Fall.

Das Gesetz soll allein den Zugang zu kinderpornographischen Inhalten erschweren und hat damit einen sehr begrenzten Anwendungsbereich. Zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion habe ich durchgesetzt, dass diese Zugangssperre nicht durch eine Änderung des Telemediengesetzes vorgenommen wurde. Damit haben wir den Ausnahmecharakter dieser Regelung verdeutlicht.

26. Der Gesetzgeber soll härter gegen „Komasaufen“ einschreiten.

Eher Ja.

Für mich geht allerdings vor allem darum, für eine verbesserte Prävention Sorge zu tragen. Gesetzliche Grundlagen sind bereits ausreichend vorhanden.

27. Privatpersonen sollen keine Schusswaffen mehr zuhause lagern dürfen.

Nein, auf keinen Fall.

Seit 2002 verschärfen wir kontinuierlich das Waffenrecht. Deutschland hat heute eines der restriktivsten Waffenrechte der Welt. Zusammen mit der SPD will ich, dass weniger Waffen in privater Hand sind. Der Zugang zu diesen Waffen soll deutlich erschwert werden. Außerdem wollen wir die Kontrollen von Personen, die Waffen privat aufbewahren, verschärfen und die Anforderungen an die private Aufbewahrung erhöhen.

28. Straftäter ab 18 Jahren sollen generell nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden.

Nein, auf keinen Fall.

Bloßes Wegsperrn auf Basis des Erwachsenenstrafrechts lehne ich ab. Jugendstrafen müssen vor allem schnell eröffnet und eine verhängte Strafe umgehend vollstreckt werden. Nur dann wird den Jugendlichen der Zusammenhang zwischen Tat und Strafe klar und nur dann kann die erzieherische Wirkung des Jugendstrafrechts wirksam werden.

29. Ausländer sollen sich zu Integrationskursen verpflichten, sofern sie dauerhaft in Deutschland leben wollen.

Unentschieden.

Ausländer, die neu nach Deutschland kommen, sind bereits seit 2005 zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet.

30. Studiengebühren sollen grundsätzlich verboten werden.

Ja, auf jeden Fall.

Gebühren im Bildungssystem stellen eine finanzielle Hürde dar. Für mich gilt: Die Aufnahme einer akademischen Ausbildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Studiengebühren sind sozial ungerecht und halten intelligenten junge Menschen nur davon ab, ein Studium zu beginnen.

31. Die Inhaltsstoffe aller Lebensmittel sollen deutlicher gekennzeichnet werden, zum Beispiel „Analogkäse“.

Ja, auf jeden Fall.

Mehr Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher – dafür setzen wir uns in der SPD-Bundestagsfraktion ein. Dies wollen wir durch „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnungen oder die Lebensmittelampel erreichen.

32. Auch Selbstständige und Beamte sollen in die staatlichen Sozialversicherungen einzahlen.

Eher ja.

Wir stehen für ein Gesundheitssystem, in dem alle den Zugang zu notwendigen medizinischen Leistungen erhalten und am medizinischen Fortschritt teilhaben können. Dazu wollen wir eine Bürgerversicherung einführen – was aber nicht zwangsläufig die Auflösung der privaten Krankenkassen bedeutet.

33. Urheberrechtsverletzungen im Internet sollen stärker verfolgt werden.

Ja, auf jeden Fall.

Weil sich die Produzenten der Inhalte darauf verlassen können müssen, dass ihre „Produkte“ urheberrechtlichen Schutz genießen und ihre Verwertung vergütet wird.

34. Es sollen alternative Entlohnungsmöglichkeiten für Künstler entwickelt werden, wie zum Beispiel eine „Kulturflatrate“.

Eher ja.

Im Zusammenhang mit der Frage nach Anpassungen des Urheberrechts in der digitalen Welt haben wir uns in der SPD-Bundestagsfraktion dafür ausgesprochen, die Möglichkeit einer Kulturflatrate zu prüfen. Im Rahmen des sozialdemokratischen Kreativpaktes wollen wir erreichen, dass Kultur- und Medienschaffende von ihrer Arbeit auch leben können.

35. Der Kündigungsschutz soll aufgehoben oder eingeschränkt werden.

Nein, auf keinen Fall.

Gerade in Krisenzeiten wirkt eine Verschlechterung des gesetzlichen Kündigungsschutzes destabilisierend. Der Kündigungsschutz ist für uns daher ein unverzichtbares Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

36. Ökologische Landwirtschaft soll gefördert werden.

Ja, auf jeden Fall.

In der SPD-Bundestagsfraktion haben wir es uns zum Ziel gemacht, bis 2015 20 Prozent der Fläche ökologisch zu bewirtschaften.

37. Für mehr Sozialleistungen soll Deutschland eine höhere Staatsverschuldung in Kauf nehmen.

Unentschieden.

Ist die Staatsverschuldung kurzfristig zur Überwindung einer Krise notwendig, bleibt das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes langfristig bestehen. Neuverschuldungen müssen auf tiefe Krisen beschränkt bleiben.

38. Um das Wachstum anzustoßen, soll eine höhere Staatsverschuldung in Kauf genommen werden.

Ja, auf jeden Fall.

Die konjunkturgerechte Schuldenregel, für die ich zusammen mit der SPD stehe, sieht größere Spielräume in Zeiten des konjunkturellen Abschwungs und in besonderen Krisenzeiten vor. Allerdings müssen die Defizite in wirtschaftlich besseren Zeiten wieder ausgeglichen werden.

39. Langfristig soll ein Bürgergeld bzw. bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden.

Nein, auf keinen Fall.

Ein Grundeinkommen beruht auf der Annahme, es gebe nicht genug Arbeit für jeden Menschen, so dass die soziale Grundsicherung neu ausgestaltet werden muss. Ich denke, dass es genug Arbeit gibt, die nur gerecht verteilt werden muss. Daher halte auch ich an der Forderung der Vollbeschäftigung fest.

40. Weiche Drogen sollen legalisiert werden.

Nein, auf keinen Fall.

41. Die EU soll die Verhandlungen mit der Türkei über die deren Aufnahme in die EU abbrechen.

Nein, auf keinen Fall.

Durch die Beitrittsperspektive sind in der Türkei Fortschritte zu mehr Demokratie und politischer Stabilität erreicht worden. Daher unterstütze ich den EU-Beitritt der Türkei unter der Voraussetzung der Erfüllung der erforderlichen Kriterien.

42. Die Hartz-IV-Leistungen sollen deutlich erhöht werden.

Unentschieden.

Fakt ist, Arbeitslosigkeit darf nicht zu Armut führen. Daher wird es auch weiterhin eine regelmäßige Überprüfung der Regelsätze des Arbeitslosengeldes II und gegebenenfalls einer bedarfsgerechten Erhöhung geben.

43. Die flächendeckende Videoüberwachung soll eingeführt werden.

Nein, auf keinen Fall.

Da es sich bei der Videoüberwachung um ein polizeitaktisches Instrument handelt, sollte es nur für öffentliche Kriminalitätsschwerpunkte eingesetzt werden. Daher macht eine Überwachung öffentlicher Plätze für mich nur dann Sinn, wenn sie zur Unterstützung der Polizeikräfte vor Ort eingesetzt wird.

44. Der Solidarzuschlag soll früher als geplant abgeschafft oder reduziert werden.

Nein, auf keinen Fall.

Ich denke, dass der Solidarzuschlag bis auf weiteres notwendig ist. Im Osten Deutschlands beträgt das BIP lediglich 60 Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsproduktes. Nach wie vor sind deswegen Infrastrukturmaßnahmen erforderlich.

45. Die Betreuungsangebote für Kinder sollen deutlich ausgeweitet werden.

Ja, auf jeden Fall. Ist mir wichtig.

An erster Stelle steht für mich die Verbesserung in der frühkindlichen Bildung.

46. Wissenschaftliche Publikationen sollen öffentlich zugänglich sein.

Eher ja.

47. Landwirte sollen mehr Unterstützung erhalten.

Unentschieden.

Wir brauchen eine starke Landwirtschaft in Deutschland – generell halte ich Subventionen daher auch für notwendig. Jedoch nur im Rahmen der Unterstützung der Entwicklung ländlicher Räume und zur Erbringung gesellschaftlich gewünschter Leistungen.

48. Die Bahn soll mittel- bis langfristig privatisiert werden.

Eher nicht.

Eine Zerschlagung der Deutschen Bahn AG lehne ich ab. Eine ausreichend finanzielle Ausstattung der Bahn werden wir in der SPD-Bundestagsfraktion in der nächsten

Legislaturperiode gewährleisten. Eine (teilweise) Kapitalprivatisierung muss daher nicht stattfinden.

49. Verträge, die die Bundesregierung zum Beispiel mit der Privatwirtschaft abschließt, sollen öffentlich sein.

Ja, auf jeden Fall.

Grundsätzlich sind alle Verträge bereits öffentlich.

50. Die Strafen für Kriminelle sollen grundsätzlich erhöht werden.

Nein, auf keinen Fall.

Weil das bisherige Strafmaß ausreichend ist.

51. Die Polizei soll mit mehr Geld und Personal ausgestattet sein.

Eher ja.

Eine gute Ausstattung der Polizei ist Grundlage dafür, dass der Staat für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger Sorge tragen kann. Allerdings ist das weitgehend Länderaufgabe.

52. Banken sollen verstaatlicht werden.

Nein, auf keinen Fall.

Eine dauerhafte staatliche Beteiligung an privaten Banken lehne ich ab.

53. Deutschland soll sich federführend an einer Mondmission beteiligen.

Unentschieden.

54. Frauen sollen sich wieder mehr um die Familie kümmern.

Nein, auf keinen Fall.

Familie ist der Ort, wo Ehe- und Lebenspartner vereinbaren, wie sie Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung aufteilen, und an dem Gleichberechtigung konkret wird. In den letzten Jahren haben wir viel dafür getan, diese Gleichberechtigung weiter zu fördern: Das Elterngeld und der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ermöglichen den Familien sowohl mehr Entscheidungsfreiheit als auch die partnerschaftliche Bewältigung der Aufgaben.

55. Der Anbau gentechnisch veränderter Lebensmittel soll verboten werden.

Nein, eher nicht.

Auf jeden Fall müssen aber gentechnikfreie Lebensmittel angeboten und gentechnisch veränderte Lebensmittel deutlich gekennzeichnet werden. Für mich persönlich ist es von

zentraler Bedeutung, weiterhin ökologische und konventionell erzeugte Lebensmittel ohne gentechnische Verunreinigungen anbieten zu können.

56. Deutschland soll einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat anstreben.

Ja, auf jeden Fall.

Zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion setze ich mich dafür ein, dass Deutschland noch mehr Verantwortung in den Vereinten Nationen übernimmt, auch durch einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.

MEINE WICHTIGSTEN POLITISCHEN ZIELE

Auch in der nächsten Legislaturperiode geht es vor allem darum, mich für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises Rastatt/ Baden-Baden einzusetzen. Dabei geht es in erster Linie um die Sicherung der Arbeitsplätze von morgen. Menschen, die in Vollzeit arbeiten, müssen von ihrer Arbeit auch selbstständig und gut leben können. Mit der Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns kann dafür Sorge getragen werden. Aber auch die Bildung und Betreuung von Kindern sind wichtiger Bestandteil meiner Arbeit. Zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion setze ich mich für eine vollständige Gebührenfreiheit bei der Betreuung unserer Kinder und beim Erststudium junger Menschen ein. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Als drittes Ziel gilt es für mich die Infrastrukturprojekte in meinem Wahlkreis voranzubringen. Auch wenn wir schon einiges geleistet und erreicht haben, gilt es bei weiteren wichtigen Projekten, wie der Umgehung in Sinzheim, am Ball zu bleiben. Gutes Zusammenwirken vor Ort ist wichtig für meine Arbeit in Berlin. In schwierigen Zeiten, wie wir sie jetzt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise erleben, geht es um Vertrauen und Orientierung. Die Arbeit als Bundestagsabgeordnete in Berlin heißt für mich Verantwortung tragen, diese Ziele für die Bürgerinnen und Bürger in Mittelbaden konsequent weiter zu verfolgen.

WARUM SIE MICH WÄHLEN SOLLTEN

Nur wenn Sie, die Wählerinnen und Wähler aus meinem Wahlkreis, mir durch Ihre Erststimme Ihr Vertrauen aussprechen, kann ich in Berlin die Ziele umsetzen, die ich zuvor erläutert habe. Ich werde mich, wie die ganzen Jahre zuvor, für diese Ziele und für Ihre Belange stark machen. Mit Leidenschaft – für unsere Region Mittelbaden, und für die Menschen in unserem Land.